

**Politische Bildung in den Freiwilligendiensten –  
Herausforderungen und Chancen für die Bildungsarbeit**

**Politische Bildung in den Freiwilligendiensten der Diakonie RWL e.V.**

Die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. ist als größter diakonischer Landesverband und einer der größten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Träger für derzeit jährlich fast 2000 Freiwilligendienstleistende im Freiwilligen Sozialen Jahr und im Bundesfreiwilligendienst. Für die Freiwilligendienste im Freiwilligen Sozialen Jahr halten wir seit 2011 für den Standort Köln ein eigenes politisches Bildungsprogramm als Teil der allgemeinen Bildungsarbeit vor. Im Mittelpunkt unserer Seminare steht die *Befähigung und Ermutigung zu zivilgesellschaftlichem und politischem Denken und Handeln*.

Unsere Freiwilligen haben die Möglichkeit gemäß eigener Interessen in kompakten Lerngruppen zu je höchstens 15 Teilnehmenden mit unseren pädagogischen Kräften zu verschiedenen politischen Themen und Fragestellungen zu arbeiten. Dabei orientieren wir uns in unserem Themenangebot an regelmäßigen Erhebungen der Interessen unserer Freiwilligen und ermöglichen auch innerhalb der jeweiligen Seminare eine starke Partizipation hinsichtlich Themenentwicklung und Schwerpunktsetzung. Beispiele für seitens der Freiwilligen gewählte und gewünschte Themen sind z.B. *Rechtsextremismus und Neonazismus, der Nahe Osten und die Arabische Welt, Flucht und Vertreibung, Politik in Deutschland oder Umweltpolitik (inter-)national*.

Wir vertreten einen *kompetenzorientierten Ansatz politischer Bildung*. Kompetenz wird hierbei als Befähigung zur Bewältigung spezifischer situativer Anforderungen *politischen Denkens und Handelns* aufgefasst. Als Dimensionen bzw. Kompetenzbereiche dieses *politischen Denkens und Handelns* betrachten wir:

- politische Sachkompetenz
- politische Urteilskompetenz
- politikbezogene Methodenkompetenz
- politische Handlungskompetenz.

Unsere Bildungsarbeit ist an spezifischen *didaktisch-methodischen Prinzipien* orientiert. Diese sind für die politische Bildung im Wesentlichen:

- Subjekt- bzw. Teilnehmendenorientierung
- Lebenswelt- und Sozialraumorientierung
- Partizipation
- mehrdimensionales, vernetztes Lernen
- Problemorientierung und Exemplarizität
- Handlungs- und Produktionsorientierung.

Darüber hinaus ist die politische Bildung natürlich eingebunden in unsere allgemeine Bildungskonzeption, d.h. sie geschieht im engen Zusammenspiel zwischen dem Lernprozess in der Einsatzstelle und der pädagogischen Begleitung in kontinuierlichen Lerngruppen.

### **Freiwillige als Zielgruppe politischer Bildung**

Politische Bildung profitiert vom Setting Freiwilligendienste. In kaum einem Bereich schulischer und außerschulischer Bildung, abgesehen vielleicht von Kindergarten und Grundschule, haben wir die Chance politisches Lernen in einer derart heterogenen und zugleich repräsentativen Zielgruppe zu begleiten. In der Gruppe der 16- bis 26-Jährigen bilden die Teilnehmenden in den Freiwilligendiensten nahezu einen Querschnitt unserer Gesellschaft ab. Ebenso heterogen wie die Freiwilligen und ihre individuellen Lebenswelten und Sozialräume sind auch ihre Einsatzbereiche und das Klientel in den Einsatzstellen (Flüchtlinge, Kinder- und Jugendliche, Menschen mit Behinderung, etc.).

Allen Freiwilligen ist gemein, dass sie im Laufe ihres Freiwilligendienstes Erfahrungen sammeln in einem Spannungsfeld zwischen privater und beruflicher Lebenswelt und der Arbeit in der Seminargruppe. In diesem Aufeinandertreffen kann politische Bildung dazu beitragen die Möglichkeiten eines selbstwirksamen gesellschaftlichen wie politischen Handelns bewusst zu machen und leistet einen wirksamen Beitrag zur Identifikation mit den Werten einer pluralistischen Demokratie.

In den Jugendfreiwilligendiensten besteht zudem die einzigartige Möglichkeit, Teilnehmende in einer zentralen Transformationsphase ihrer persönlichen Biografie zu begleiten. Mit vielen Bereichen der Arbeitswelt kommen die jungen Menschen hier erstmalig in Kontakt. Die meisten von Ihnen betreten nach einer langen Verweildauer im System Schule diesen neuen Lebensbereich mit vielen Fragen und einem ausgeprägten Orientierungsbedürfnis in personaler, sozialer wie beruflicher Hinsicht. Weichenstellungen die hier gesetzt werden, haben gute Chancen, dauerhaft auf die Persönlichkeitsentwicklung Einfluss zu nehmen. Für die politische Bildung bietet sich hier die Chance, die Lebensrelevanz partizipativer Prozesse und zivilgesellschaftlichen, politischen Denkens und Handelns unter Beweis zu stellen.

Zudem bieten sich in den Freiwilligendiensten – nicht zuletzt auch im ü27-Bereich – Potentiale, tendenziell politikferne Teilnehmende anzusprechen und auf Grund des konkreten Bezugs zu

lebensweltlichen Themen Interesse zu wecken und politisches Denken und Handeln zu fördern, wenn die individuellen Fragestellungen und Bedürfnislagen dieser Zielgruppe in geeignetem Maße bei der Auswahl und Gestaltung der Bildungsinhalte Beachtung finden.

### **Politische Bildung an den Bildungszentren des Bundes**

Die aktuelle Situation der Auslagerung des politischen Seminars für Bundesfreiwilligendienstleistende an die Bildungszentren des Bundes ist zumindest mittelfristig gesetzt. Auch bieten die Bildungszentren grundsätzlich in vielen Fällen gute Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige politische Bildungsarbeit. Qualifiziertes Personal mit viel Erfahrung, teilweise durchaus attraktive Standorte und gute Infrastruktur sprechen augenscheinlich, ggf. abgesehen von einem problematischen Kostenrahmen, für das aktuelle Modell.

Es stellt sich jedoch die Problematik der Orientierung an den Teilnehmenden und ihren individuellen Lebens- und Arbeitswelten in besonderem Maße. Jede pädagogische Kraft, die in der Vergangenheit schon einmal eine Seminarvertretung für eine verhinderte Kollegin oder einen Kollegen übernommen hat, wird bestätigen, dass man den Vorsprung an Kenntnis und sozialem Gefüge in Bezug auf die Freiwilligen nicht in 5 Tagen aufholen kann. Dem begegnet man in der pädagogischen Praxis durch eine ausführliche Übergabe vor und nach der Veranstaltung. Selbst dies ist bei den Seminaren zur politischen Bildung im Bundesfreiwilligendienst derzeit leider in den meisten Fällen nicht gewährleistet. Der dringend nötige Austausch findet nicht statt.

Die Seminare bei den Bildungszentren bestehen derzeit losgelöst von pädagogischer Begleitung und von der Tätigkeit in den Einsatzstellen. Die vorgehaltenen Themen – für sich genommen häufig gut durchdacht und attraktiv gestaltet – entstehen nicht in einem kontinuierlichen, partizipativen Prozess mit den Freiwilligen und beziehen individuelle Lebenswelten und Sozialräume daher zwangsläufig nur unzureichend ein. Zudem konstituieren sich die Seminare an den Bildungszentren für die Teilnehmenden als Fremdkörper in einem ansonsten konsistenten Modell von Begleitung und Betreuung.

Ziel gemeinsamer Anstrengungen sollte sein, konzeptionelle und organisatorische Ansätze voranzutreiben, die auf eine konstruktive Lösung dieser Problemstellungen hinzielen. Denkbar wären beispielsweise, gegenseitige Hospitationen, strukturierte, vor- und nachbereitete Teamteaching-Modelle und ein stetiger, strukturierter pädagogischer Austausch auf Ebene der Referentinnen bzw. Dozenten. Gemeinsam wäre es möglich, am Klientel und seinen Interessens- und Bedürfnislagen orientierte Seminarkonzepte passgenau zu entwickeln und zu verwirklichen, die sich am aktuellen Stand methodisch-fachdidaktischer Forschung und guter Praxis orientieren und Teilnehmendenpartizipation, wie sie gesetzlich verankert ist (§ 5 Abs. 2 JFDG und § 4 Abs. 3 BFDG), tatsächlich ernst nehmen. Dies müsste natürlich in einem für beide Seiten tragbaren finanziellen Rahmen geschehen und erfordert auf beiden Seiten Kompromissfähigkeit und Kooperationswillen.

Wichtig erscheint, dass die Qualität politischer Bildung und eine bestmögliche, kontinuierliche Begleitung Ausgangspunkt aller Überlegungen zur Weiterentwicklung der politischen Seminare an

den Bildungszentren sein müssen, um eine politische Bildung zu ermöglichen, die nicht nur alle formalen und professionellen Voraussetzungen erfüllt, sondern auch den Freiwilligen gerecht wird.

### **Politische Bildung ist voraussetzungsreich**

Nicht jede qualifizierte pädagogische Kraft ist auch automatisch kompetent als politische Bildnerin oder politischer Bildner und bei Weitem nicht jede Bearbeitung (sozial-)politischer Fragestellungen in der Seminararbeit erfüllt die formalen Kriterien politischer Bildung. Vielmehr ist es notwendig, sich auf die spezifischen Anforderungen und Rahmenbedingungen eines Arbeitsbereichs einzustellen, der auf eine bewegte Geschichte mit zahlreichen Brüchen, Sprüngen und paradigmatischen Wechseln zurückblickt und sich – angesichts des Wandels und vor allem der Diversifizierung von Lebens-, Gesellschafts- und Werteformen – ständig weiter entwickeln muss, weil er die Orientierung am Subjekt als seine *conditio sine qua non* versteht.

Zudem verfügt politische Bildung in Deutschland über eigene Konventionen und Regeln, die sowohl rezipiert als auch verstanden werden müssen. Der Beutelsbacher Konsens jährt sich 2016 zum 40. Mal und gilt nach wie vor als normative Richtschnur einer Berufsethik politischer Bildung. Dabei sind die dort verorteten Prinzipien (*Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Subjekt- bzw. Teilnehmendenorientierung*) insbesondere für Einsteigerinnen und Einsteiger nicht auf Anhieb zugänglich und bedürfen darüber hinaus auch innerhalb der Profession einer Adaptierung auf den aktuellen fachdidaktischen Diskurs.

Das professionelle Selbstverständnis der politischen Bildnerin bzw. des politischen Bildners unterscheidet sich auf Basis dieser beruflichen Ethik deutlich von einem allgemeinen pädagogischen oder sozialpädagogischen. So impliziert, um nur ein Beispiel kurz auszuführen, das sog. Überwältigungs- bzw. Indoktrinationsverbot nicht per se eine vollständig neutrale Grundhaltung des oder der politisch Bildenden. Jeder Mensch vertritt eigene Positionen und Interessen, jedoch muss die eigene Position gleichwertig neben anderen – wohlbemerkt dem Grundsatz nach ausschließlich demokratischen – Positionen zur Sprache kommen und kontrovers diskutiert werden können. Politische Bildung findet natürlich auch nicht in einem wertneutralen Raum statt sondern orientiert sich an den Grundwerten und Voraussetzungen unseres freiheitlich-demokratischen Systems, das zugleich ihre Basis und Voraussetzung bildet.

Von politischen Bildnerinnen und Bildnern werden neben ausgeprägter *Fachkompetenz*, allgemeine und fachspezifische *Methodenkompetenz*, *soziale Kompetenz* und ausgeprägte *reflexive Kompetenz* erwartet, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Diese Kompetenzen ruhen selbstverständlich nicht, sondern erfordern kontinuierliche Arbeit und Weiterentwicklung um einem anspruchsvollen, sich wandelndem und sich entwickelndem Arbeitsfeld zu genügen.

Das hier skizzierte, weit aufgeächerte Spektrum an Prämissen, impliziten und expliziten Konventionen und die Manifestationen des Politischen in seiner Ambiguität und Schnelllebigkeit legen nahe, dass für die qualifizierte Ausübung politischer Bildungstätigkeit im Bereich der Freiwilligendienste eine

initiale und kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte unbedingt anzuraten ist.

### **Politische Bildung als Chance für die Freiwilligendienste**

Politische Bildung trägt als wichtiger Baustein einer allgemeinen pädagogischen Rahmenkonzeption für die Bildungsarbeit in den Freiwilligendiensten maßgeblich zu einem tieferen Verständnis der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und Strukturen sozialer Arbeit bei. Sie kann Freiwillige dabei unterstützen, einen besseren Einblick in Bedingungsverhältnisse und Hintergründe ihrer praktischen Tätigkeiten zu entwickeln und Möglichkeiten zur Partizipation im Rahmen ihres persönlichen Umfelds zu ergründen. Sie leistet somit einen wichtigen Beitrag zur individuellen pädagogischen Begleitung der Freiwilligen.

Außerdem sollte man einen Blick auf die allgemeine Situation der pädagogischen Arbeit auf Trägerebene werfen. Die Freiwilligendienste stehen deutschlandweit derzeit vor großen Herausforderungen. In den letzten vier Jahren haben viele Träger enorme Zuwächse hinsichtlich der Freiwilligenzahlen und damit einhergehend eine personelle Aufstockung und Aufwertung ihrer politischen und ökonomischen Bedeutung erfahren, über alle Dienstarten hinweg. Nach dieser Phase des Wachstums stehen die Träger vor der Aufgabe, sich zu konsolidieren, Teamstrukturen zu überdenken und ihre pädagogischen Gesamtkonzeptionen den veränderten Voraussetzungen und Anforderungen gemäß zu überarbeiten: ein Ende des Markt-Wachstums wird unlängst von Trägerseite antizipiert und man darf mittelfristig eine größere Konkurrenz der Träger und Einsatzstellen um die Freiwilligendienstleistenden erwarten, die zunehmend mit ausdifferenzierten Orientierungs-, Qualifikations-, Erfahrungs- und Bildungserwartungen das für sie passende Programm auswählen. Mit einer Ausdifferenzierung pädagogischer Begleitprogramme steigt der Anspruch und die Anforderung an das pädagogische Personal der Freiwilligendienste und ein allgemeiner Professionalisierungsschub in der Seminararbeit und pädagogischen Begleitung, wie er vieler Orten bereits begonnen hat, ist allgemein zu erwarten. Pädagogische Kräfte in den Freiwilligendiensten sollen über eine Vielzahl fachspezifischer, methodisch-didaktischer und sozialer Kompetenzen verfügen. Die Diskussion über den Bereich der politischen Bildung, die derzeit auf der politischen wie auf der didaktisch-methodischen Ebene geführt wird, kann so zu einer weiteren Professionalisierung der pädagogischen Arbeit in den Freiwilligendiensten beitragen, notwendige Prozesse anstoßen und wichtige Diskurse für den gesamten Arbeitsbereich eröffnen – Chancen bieten, die genutzt werden sollten.

**Mathias Schmitten** ist pädagogischer Referent der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. und am Standort Köln zuständig für die konzeptionelle Betreuung und Weiterentwicklung des Projekts *Politische Bildung im Freiwilligen Sozialen Jahr*.

**Kontakt:** [m.schmitten@diakonie-rwl.de](mailto:m.schmitten@diakonie-rwl.de)

**Redaktion:**

*BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland*

*Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)*

*- Geschäftsstelle -*

*Michaelkirchstr. 17-18*

*10179 Berlin-Mitte*

*+49 (0) 30 6 29 80-11 5*

*newsletter(at)b-b-e.de*

*[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)*